

„Rassismus hat Trump die Tür in die Politik geöffnet“

Amerika-Historiker Gary Gerstle: Demographischer Wandel in den USA ist nicht zu stoppen – Demokraten sollten rote Linien ziehen – Obamas Erbe wird bestehen bleiben

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Gary Gerstle (Foto: Rothe) ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität von Cambridge. Der Amerikaner forscht über Einwanderung und Rassenkonflikte in den USA. Die RNZ traf Gerstle am Rande eines Vortrags am Heidelberg Center for American Studies (HCA).



geboren wurde. Diese sogenannte „Birther“-Bewegung wollte Obamas Legitimität als Präsident infrage stellen. Dazu diente auch die Behauptung, Obama sei Moslem. Und einer der Köpfe dieser Bewegung war Donald Trump.

> Ist die Wahl von Trump also eine Reaktion auf die Wahl Obamas?

Sie hat auf jeden Fall sehr viel mit rassistischen Motiven zu tun. Trump hat früh verstanden, wie sehr er mit diesem Thema punkten kann und hat von Anfang an darauf gesetzt. Schon als er seine Kandidatur erklärt hat, hat er vor der massenhaften Einwanderung aus Mexiko gewarnt und hat Mexikaner als Vergewaltiger bezeichnet. Der Rassismus hat Trump die Tür in die Politik geöffnet.

> Ist Trump selbst ein Rassist?

Wann immer Trump mit diesem Vorwurf

konfrontiert wurde, hat er es vehement bestritten. Aber die rechtsradikale Alt Right-Bewegung hat Trumps Kampagne von Anfang an unterstützt und Stephen Bannon, einer der Köpfe der Alt Right, ist heute Chefberater im Weißen Haus. Trump hat auch großen Gefallen daran gefunden, rassistische Vorurteile wieder salonfähig zu machen und die Konflikte zwischen ethnischen Gruppen zu schüren. Der Rassismus war in Amerika nie verschwunden, aber man durfte ihn nicht offen zur Schau stellen. Das hat sich geändert.

> Kann Trump Amerika wieder „weiß“ machen, wie manche glauben?

Nein, der demographische Wandel in den USA ist nicht mehr zu stoppen. Um das Jahr 2050 herum werden die weißen Amerikaner nicht mehr in der Mehrheit sein. Selbst wenn Trump eine Mauer zu Mexiko baut und zwölf Millionen illegale

Immigranten deportiert, wird das nichts daran ändern können. Das macht vielen Amerikanern enorme Angst. Trump macht sich diese Ängste zunutze.

> Was wird er denn verändern können? Wird Trump das gesellschaftliche Klima in den USA beeinflussen?

Ja, davon gehe ich aus. Ich denke zwar, dass ihm persönlich Themen wie Abtreibung oder die Rechte von Homosexuellen gar nicht so wichtig sind. Er ist als New Yorker ja mit kultureller Vielfalt aufgewachsen. Aber er muss die evangelikale Rechte seiner Partei zufridenstellen. Deshalb wird er sicher einen Kandidaten als Richter für den Obersten Gerichtshof ernennen, der ein radikaler Abtreibungsgegner ist. Trump ist außerdem klar ein Sexist und Frauenfeind und wird eine traditionelle Rollenverteilung von Mann und Frau fördern.

Es sei denn, seine Tochter Ivanka hindert ihn daran. Sie ist eine moderne Frau und er hört auf sie.

> Viele hoffen, dass die Institutionen Trump einhegen werden.

Trump ist ein Regelbrecher. Er spielt nach seinen eigenen Regeln und respektiert Stärke mehr als das Gesetz. Er versucht, anderen seinen Willen aufzuzwingen. Und alle Hoffnungen, dass er sich mäßigen werde, wenn er erst einmal gewählt und vereidigt ist, haben sich als trügerisch erwiesen. Ein 70-jähriger Mann ändert seinen Charakter nicht mehr. Es ist Zeit, Trumps Aussagen ernst zu nehmen.

> Kann sich Trump denn auf die Unterstützung der Republikaner verlassen?

Trump und die Republikaner sind in einigen wesentlichen Punkten unterschiedlicher Ansicht. Für den Präsidenten spielt die Sanierung des Haushalts keine große Rolle. Er will Milliarden in die Infrastruktur investieren, was die Republikaner bisher immer abgelehnt haben. Es könnte also sein, dass Trump für einige Vorhaben keine Mehrheit hat.

> Welche Strategie sollten die Demokraten nun verfolgen?

Die Demokraten sollten klare rote Linien ziehen, deren Überschreiten sie nicht tolerieren dürfen, etwa bei den Rechten von Frauen und Minderheiten oder beim Wahlrecht. Sie sollten außerdem vehement gegen eine Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts kämpfen. Menschen wie Stephen Bannon dürfen niemals als legitim anerkannt oder als normale Stimme in der Politik gesehen werden.

> Was wird von der Ära Obama bleiben?

Selbst wenn die Republikaner alle Gesetze und Erlassungen aus der Amtszeit Obamas zurücknehmen, wird es ihnen nicht gelingen, die gesellschaftliche Dynamik zu beenden, die entstanden ist. Frauen und Minderheiten sind selbstbewusster geworden und fordern ihre Rechte ein. Die Proteste nach Trumps Amtsantritt waren die größten Demonstrationen in der Geschichte der USA. Obama hat vielen Amerikanern den Glauben an eine Einheit in Vielfalt gegeben. Das ist sein politisches Erbe, das bestehen bleiben wird.

> Herr Professor Gerstle, welche Rolle spielt die Rassenzugehörigkeit im heutigen Amerika noch?

Sie spielt leider immer noch eine sehr große Rolle. Die Rassenkonflikte sind das größte interne Problem der USA. Sie gehen auf die Zeit der Sklaverei zurück, die so eine Art „Ursünde“ Amerikas ist. Die Wahl Barack Obamas 2008 kam für mich überraschend. Ich hätte frühestens in einigen Jahrzehnten mit einem schwarzen Präsidenten gerechnet. Das hat mir Hoffnung gemacht, dass die Rassenkonflikte endlich überwunden werden können.

> Aber die Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Nein, es kam sogar zu einem Wiedererstarken des rassistisch motivierten Nationalismus. Es gibt in Amerika zwei Traditionen des Nationalismus. Da ist zum einen jener Patriotismus, der sich auf die Verfassung beruft und besagt, dass jeder Amerikaner werden kann, der sich an die Gesetze hält, an die Freiheit glaubt und seinen Eid auf die Fahne schwört. Es gibt aber auch einen Nationalismus, der Amerika als Land der Weißen betrachtet und alle anderen Amerikaner als Bürger zweiter Klasse ansieht. Dieser Nationalismus hat sich bei vielen Wählern von Donald Trump gezeigt.

> Wurde er durch die Wahl Barack Obamas noch verstärkt?

Ja, offensichtlich ging vielen Amerikanern ein Schwarzer im Weißen Haus zu weit. Das führte von Anfang an zu heftigen Attacken gegen Obama. Da seine Gegner nicht offen sagen wollten, dass sie ihn nicht akzeptieren, weil er schwarz ist, haben sie angezweifelt, dass er in den USA



Ein Mann schaut in Tijuana von Mexiko aus durch den Grenzzaun in Richtung USA. „Um das Jahr 2050 herum werden die weißen Amerikaner nicht mehr in der Mehrheit sein“, glaubt Gary Gerstle. Foto: dpa

Trump lässt Grenzwall zu Mexiko bauen

Der Präsident macht sein Wahlversprechen wahr – Erster Spatenstich noch in diesem Jahr – Experten bezweifeln den Sinn der Pläne

Von Michael Donhauser

Washington. Donald Trump hat es genossen. „Build That Wall!“, hallte es durch die Hallen seiner Wahlkampfveranstaltungen. „Bau diese Mauer!“ Die Sprechchöre waren Musik in den Ohren des Baulöwen, er versprach seinen Anhängern zu handeln. So oft, so lautstark, so vollmundig, dass er jetzt nicht mehr zurück kann.

Mag das Vorhaben auch noch so sinnlos sein: Donald Trump ging am Mittwoch mit einer Anweisung an die Öffentlichkeit, die den ersten Schritt für den Bau einer Grenzmauer nach Mexiko markiert. Noch in diesem Jahr will er den ersten Spatenstich vollziehen. „Sie wird den Strom von Drogen und Kriminalität eindämmen“, sagte Regierungssprecher Sean Spicer über die Mauer.

Selbst Trumps Heimatschutzminister John Kelly, ein ehemaliger General der Streitkräfte, war bisher vorsichtig bei dem Thema. „Eine physische Barriere wird

einzig aus sich heraus keine Abhilfe schaffen“, sagte er vor dem Heimatschutz-Ausschuss des Senats. Es werde einen gestaffelten Ansatz brauchen, um die Grenze wirksamer als bisher vor dem Einsickern von Drogen- und Waffenhändlerbanden zu schützen und illegale Einwanderer fernzuhalten. Trump aber sagte



am Mittwoch dem Sender ABC: Schon in ein paar Monaten könnte es mit dem Bau losgehen, die Planungen begannen sofort.

Grenzschilder sind sich einig: Schutzwälle machen nur dort Sinn, wo viele Menschen leben. In Nordirlands Hauptstadt Belfast etwa haben die Peace Walls

gute Dienste beim Erhalt des Friedens zwischen Protestanten und Katholiken geleistet. Doch die Grenze zwischen Mexiko und den USA, insgesamt 3200 Kilometer lang, verläuft zu großen Teilen durch dünn besiedeltes Gebiet, stellenweise durch fast menschenleere Gebirgsregionen und durch unwirtliche Wüstenabschnitte. Trump hat seine eigene Sicht. „Es ist ziemlich leicht, das zu bauen.“

„Aber über jede Mauer kann man drüber, unter jede Mauer kann man drunter“, sagt Thad Bingel, ein ehemaliger Grenzzoffizier der „Washington Post“. In der polizeilichen Wissenschaft geht man davon aus, dass Mauern und Zäune lediglich die Zeit verlängern, die zur Überwindung der Grenze vonnöten ist. In menschenleeren Gebieten stehen also die Kosten nicht im Verhältnis zu den Versuchen Einzelner, in die USA zu kommen.

Experten rechnen mit Kosten in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags, wahrscheinlich mehr als 40 Milliarden

Dollar. Bisher stehen bereits auf einem Drittel des Grenzverlaufs Barrieren. Diese haben 2,5 Milliarden gekostet. Sie wurden dort errichtet, wo es bautechnisch leichter ist. Außerdem sind es vorwiegend Zäune. Drittens: Sie stehen schon eine Weile, die Preise sind inzwischen höher.

Die Grenze führt durch Naturschutzgebiete, über Farmland in Privatbesitz und durch ein Indianerreservat. Nur der Kongress könnte den Ureinwohnern ihr Land wegnehmen, wenn diese nicht von sich aus zustimmen. Selbst wenn man diesen juristischen und politischen Husarenritt auf sich nehmen wollte: Es würde lange dauern und sehr, sehr teuer.

Dass auch nur ein Teil des Geldes aus Mexiko kommt, sagt Donald Trump seit Monaten. Sein Sprecher Sean Spicer erklärte: „Auf die eine oder andere Art wird Mexiko zahlen.“ Die Regierung in Mexiko ist vom Gegenteil überzeugt. „Natürlich wird Mexiko nicht für die Mauer zahlen“, sagt Präsident Enrique Peña Nieto.

Schwierige Verhandlungen

Mexiko schickt zwei Minister nach Washington

Mexiko-Stadt. (dpa) Wie geht es nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten weiter mit den Beziehungen zwischen Mexiko und den USA? Darüber wird derzeit in Washington beraten. Für Mexiko nehmen Außenminister Luis Videgaray und Wirtschaftsminister

Ildefonso Guajardo teil. Letzterer ist zu großem Einsatz bereit, wenn es um das Wohl seines Landes geht. „Wenn wir mit dem Teufel sprechen müssen, um die Sicherheit der Mexikaner zu garantieren, dann sprechen wir mit dem Teufel“, sagte er noch vor



Trump. Er ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften, war zweimal Abgeordneter der Regierungspartei PRI und arbeitete im Wahlkampfteam von Präsident Enrique Peña Nieto mit. Guajardo trieb die Verhandlungen über das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) mit den USA und Kanada voran. Dieses „Baby“ muss er nun verteidigen. Denn Trump will den Vertrag neu verhandeln oder gar aufkündigen.

Ein Vertrauter von Präsident Nieto ist auch der mexikanische Außenminister **Luis Videgaray**. Er war Finanzminister während Nietos Amtszeit als Gouverneur des Bundesstaats México und Berater im Wahlkampf 2012.

Videgaray verfügt über einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und gehört bereits seit jungen Jahren der Regierungspartei PRI an. Seine Karriere startete der 48-Jährige in einem Beratungsunternehmen des Ex-Finanzministers Pedro Aspe. Als Finanzminister im Kabinett von Peña Nieto trieb er eine Reihe von Strukturreformen voran. 2014 wählte ihn die Fachzeitschrift „Euromoney“ zum Finanzminister des Jahres. Nun liegt es an Videgaray, die schwierigen Verhandlungen über Handel, Migration und Sicherheit mit der neuen US-Regierung zu führen.

Wahlsieger stellt die Wahl infrage

Washington. (dpa) US-Präsident Donald Trump will untersuchen lassen, ob es bei seinem Wahlsieg im vergangenen Herbst zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. „Ich werde um eine großangelegte Untersuchung zu Wahlbetrug bitten“, schrieb Trump am Mittwoch auf Twitter. Dabei solle es um Wähler gehen, die in mehr als zwei Staaten registriert seien, illegale Wähler sowie registrierte Wähler, die bereits verstorben seien.

Trump hatte schon seit längerem behauptet, es habe zwischen drei und fünf Millionen Stimmen für seine Konkurrentin Hillary Clinton gegeben, die nicht hätten abgegeben werden dürfen. Nur deshalb habe Clinton bei der Wahl am 8. November hinsichtlich der Gesamtzahl der Stimmen vorne gelegen. Für Clinton hatten fast drei Millionen Amerikaner mehr gestimmt als für Trump. Jedoch hatte die Verteilung auf die einzelnen Staaten und damit auf die entscheidenden Wahlmänner für Donald Trump entschieden.

Wo Mauern Menschen trennen

Saudi-Arabien sichert so seine Grenzen gegen Schmuggler – In Nordirland sollen Zäune Sicherheit geben

Von Sebastian Fischer

Washington. Der neu gewählte US-Präsident Donald Trump hat die Einlösung seiner wichtigsten Wahlversprechen angekündigt. In Berichten hieß es, Trump werde in Kürze wohl seine Ankündigung wahr machen, Flüchtlinge aus überwiegend muslimischen Staaten wie Syrien und Libyen vorläufig nicht mehr ins Land zu lassen. Auch eine Grenzmauer zu Mexiko gehört zu seinen Plänen. Weltweit gibt es bereits einige Beispiele dafür, wie Mauern Millionen von Menschen trennen – egal ob es dabei darum geht, Einwanderung zu verhindern oder verfeindete Gruppen auseinanderzuhalten. Eine Auswahl.

> **Israel:** Zum Schutz vor Anschlägen und Selbstmordattentaten errichtet die israelische Armee seit 2003 an der Grenze zum Westjordanland Sperrzäune und bis zu acht Meter hohe Mauern. Kritiker wer-

fen Israel vor, mit den mehr als 700 Kilometer langen Anlagen einseitig die Grenzen eines künftigen souveränen Palästinenserstaates zu ziehen.

> **Nordirland:** Trotz des offiziellen Friedensabkommens von 1998 gibt es allein in der Hauptstadt Belfast weiterhin rund 100 Zäune und Mauern zwischen Stadtteilen pro-irischer Katholiken und pro-britischer Protestanten. Die seit 1969 immer wieder erweiterten „Friedenslinien“ („peace lines“ oder „peace walls“) sollen vor Anschlägen schützen und den Menschen Sicherheit geben.

> **Saudi-Arabien:** Das ölreiche Land sichert seine rund 4500 Kilometer langen Landgrenzen mit Mauern, Zäunen, Wachtürmen, Nachtsichtkameras und Radaranlagen gegen Drogen-, Waffen- und Tierschmuggel – und mittlerweile auch gegen die Terroristen des IS und von Al-Kaida.

> **Brasilien:** Drei Meter hoch sind die kilometerlangen Mauern rund um ein Dutzend Favelas in Rio de Janeiro. Offiziell sollen sie den Wildwuchs der Armutssiedlungen auf Kosten des Regenwaldes eindämmen. Kritiker warnen aber, dass die sogenannten „Öko-Grenzen“ zur Ghettoisierung beitragen.

> **Irak:** Wegen bürgerkriegsähnlicher Kämpfe zwischen sunnitischen und schiitischen Milizen errichtet das US-Militär ab 2006 um sunnitische Wohnviertel in der Hauptstadt Bagdad bis zu fünf Meter hohe Betonwände, insgesamt rund fünf Kilometer lang. Später werden Mauern für den Schutz vor IS-Attacken gebaut.

> **Iran:** Um illegale Einwanderung und Schmuggel über die 700 Kilometer lange Grenze zu Pakistan zu verhindern, errichtet Teheran von 2007 an eine drei Meter hohe Mauer zwischen den islamischen Republiken.